



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VIII/2026/02434**  
Datum: 04.03.2026  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Kehrwieder, Tim  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.03.2026	öffentlich Entscheidung
Jugendhilfeausschuss	07.05.2026	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	21.05.2026	öffentlich Vorberatung
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	26.05.2026	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.05.2026	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER: Platzfrieden am August-Bebel-Platz und am Landesmuseum**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur messbaren Verbesserung des Sicherheitsempfindens und der Aufenthaltsqualität an den Hotspots August-Bebel-Platz, Rosa-Luxemburg-Platz sowie am Vorplatz des Landesmuseum für Vorgeschichte ein kommunales Maßnahmenpaket im eigenen Wirkungskreis (insbesondere Sauberkeit und Ordnung) zu bündeln und umzusetzen.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der verwaltungsseitigen Stellungnahme zu VII/2023/06344<sup>1</sup> dargestellten kommunalen Beiträge des dort beschriebenen gemeinsamen Vorgehens zur Eindämmung von Jugendgewalt/Jugenddelinquenz im Sinne eines präventiven Hotspot-Ansatzes fortzuführen und – soweit erforderlich – zu verstetigen. Über das Ergebnis ist der Stadtrat zeitnah in Kenntnis zu setzen.

Gez.  
Tim Kehrwieder  
Stadtrat (Fraktion FDP/FREIE WÄHLER)

<sup>1</sup> <https://buergerinfo.halle.de/getfile.asp?id=300734&type=do> (Aufruf: 04.03.2026)

### **Begründung:**

Der öffentliche Raum soll zum Verweilen einladen und als Treffpunkt funktionieren – dafür braucht es ein verlässliches Sicherheits- und Ordnungsempfinden. An stark frequentierten Orten wie dem August-Bebel-Platz und am Umfeld des Landesmuseum für Vorgeschichte wirken sich Vermüllung, Störungen und Konfliktslagen besonders schnell auf Aufenthaltsqualität, Nutzungsgefühl und das Sicherheitsgefühl von Anwohnern, Besuchern sowie Familien aus. Genau hier setzt der Antrag an: mit einem abgestimmten Vorgehen der Stadt und ihre

– insbesondere dort, wo die Stadt selbst wirksam und zuständig handeln kann.

Die Stadtverwaltung hat in einer früheren Stellungnahme selbst dargelegt, dass Halle gemeinsam mit dem Land einen Maßnahmenplan zu Jugendkriminalität abgestimmt hat und zudem ein Konzept zur Stärkung des Sicherheitsgefühls umgesetzt werden soll.

Der vorliegende Antrag knüpft daran an und zielt darauf, die kommunalen Bestandteile dieses abgestimmten Vorgehens an den benannten Hotspots konsequent in die Praxis zu überführen – flankiert durch eine strukturierte Abstimmung mit der Polizei zu gemeinsamen Schwerpunktsetzungen und Präsenzformaten. Damit wird kein polizeiliches Handeln angewiesen, sondern die Kooperation und Koordination im Sinne eines wirksamen „Hotspot-Managements“ gestärkt.